

Die Letzte macht das #LichtAus.

Der **Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024** sieht einen Kahlschlag im sozialen Bereich vor. In den Bereichen, die die Finanzierung von Programmen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege betreffen, sind insgesamt **Kürzungen in Höhe von 25 Prozent** geplant. Falls jetzt nicht gegengesteuert wird, geht in zahlreichen sozialen Einrichtungen in Deutschland wortwörtlich das Licht aus, zum Beispiel bei der **Pflege**.

Wir fordern:



Pflege von Pflegebedürftigen wird weiterhin in erster Linie als Aufgabe der Familien angesehen. 84 Prozent der knapp 5 Millionen Pflegebedürftigen werden in häuslicher Umgebung versorgt, 2,55 Millionen – also gut die Hälfte von ihnen – ausschließlich durch pflegende Angehörige. Der Großteil der Menschen, die Pflege leisten, sind Frauen. Viele von ihnen gehen parallel einer Erwerbsarbeit nach, einige haben Kinder. Um diesen Balanceakt zu meistern, müssen sie häufig ihre Arbeitszeit reduzieren oder ganz aus dem Erwerbsleben aussteigen. Das Resultat: Die Pflegenden sind oft körperlich, psychisch, zeitlich und finanziell am Limit.

Um erwerbstätigen pflegenden Angehörigen die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu erleichtern, hatte die Bundesregierung ein Familienpflegegeld angekündigt, das Gehaltseinbußen aufgrund von Arbeitszeitreduzierung für Pflege kompensiert. So soll das Abrutschen in Armut und das vollständige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verhindert und ein leichter Wiedereinstieg ermöglicht werden. Das Familienpflegegeld soll auch für sogenannte Zugehörige gelten, also ein breiterer Familienbegriff Verwendung finden. Außerdem sollen gleichstellungspolitische Anreize gesetzt werden, um mehr Männer für die Pflege zu gewinnen. Aber im Bundeshaushalt ist kein Geld hierfür vorgesehen. **Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, dieses wichtige Vorhaben, das sie im Koalitionsvertrag versprochen hat, umzusetzen und die nötigen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.**

